

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 4, 21. Februar 2002

Antifaschistisches Presseamt
und Bildungszentrum
Berlin e.V. (anabir)

Postfach 30 1 50000 Berlin
Tel. 030 630 030 030
E-Mail: anabir@anabir.de

Einblicke

Ein Nährboden

Von Helmut Lölhöfel

Die von dem rechten Richter Ronald Barnabas Schill gegründete „Rechtsstaatliche Offensive“ ist ernst zu nehmen. Es ist nötig, dieses neue Sammelbecken von Unzufriedenen und Wichtigtuern, gescheiterten Polit-Existenzen, Populisten und versprengten Nationalen sorgfältig zu betrachten. Noch ist nicht ausgemacht, ob es sich um eine politische Eintagsfliege oder um einen aussichtsreichen Selbstläufer handelt. Offen bleibt, ob „Richter Gnadenlos“ ein Typ mit Ausstrahlung und Zulauf ist oder ob „Senator Tatenlos“ mit seinen Eskapaden schon ins Abseits gelaufen ist.

Zweifellos steht er mit seiner Partei am rechten Rand. Und er kann wahrscheinlich auch außerhalb seines Stammlandes Hamburg solche Wähler ansprechen, die rasch auf markige Parolen hereinfallen. Auch darum ist es notwendig, Schills rapiden Aufstieg ebenso wie seinen möglichen Fall genau zu verfolgen und zu analysieren. Wer im rechten Spektrum wildert, gehört selbst der Grauzone an, die sich am äußeren Rand des demokratischen Spektrums gebildet hat.

Nach eigenen Angaben hat die Schill-Partei rund 6 000 Mitglieder, ein Viertel davon in Hamburg, jeweils ein Achtel in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt. In Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hessen und Berlin entstehen Landesverbände. Nur in Bayern mag Schill keinen gründen – etwa weil dort die Partei des Kanzlerkandidaten der Union keinen Raum für ihn lässt?

Leute wie Schill brauchen Nährboden. Und der kann auch durch Worte gedüngt werden. So fragte der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis im übelsten „Republikaner“-Jargon: „Warum lasst ihr nicht Deutschland den Deutschen?“ Und der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Stiegler konnte es nicht lassen, CDU/CSU und FDP als „Vorläuferparteien“ derjenigen zu brandmarken, die 1933 „Hitler ermächtigt haben“. Vorsicht mit solch sorglosen und oberflächlichen Sprüchen.

Erdbeben bei den REP

Parteichef Rolf Schlierer hat seinen Widersacher und baden-württembergischen Landeschef Christian Käs amtsenthoben.

Seite 2 ■

Unendliche Geschichte

Wegen ihrer unzähligen Parteispitzel steht die NPD mit dem Rücken zur Wand.

Seite 3 ■

„Parlaments-Zierden“

Magdeburger DVU-Abgeordnete treffen sich offenbar lieber in der Bahnhofskneipe als zu Fraktionssitzungen.

Seite 4 ■

Allüren einer Sängerin

Auf die rechte Liedermacherin Annett warten die Kameraden bei Konzerten gelegentlich auch vergeblich.

Seite 6 ■

Nichts gehört, gesehen

Die neuen „Dachauer Hefte“ räumen mit der Legende auf, die deutsche Bevölkerung habe von den Konzentrationslagern nichts gewusst.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Der Super-Gau**

Streitereien und finanzielles Chaos bei den REP - Schlierer hat seinen Widersacher und baden-württembergischen Landeschef Christian Käs amtsenthoben.

Die Erklärung des Bundesvorsitzenden der Republikaner umfasst nur wenige Zeilen, aber der Inhalt ist explosiv. Unter der Überschrift „Republikaner ziehen Konsequenzen“ heißt es am 10. Februar 2002: „Der Bundesvorstand hat beschlossen, den baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian Käs seiner Parteiämter zu entheben“. Gleichzeitig werde man bei einem parteiinternen Schiedsgericht ein Verfahren einleiten, um gegen Käs eine vierjährige Ämtersperre zu erwirken. Eine Strafanzeige gegen ehemalige Parteifunktionäre wurde ebenfalls angekündigt.

Ausgerechnet bei der Parteikasse ließen die Landes-REP ihre Lieblingstugenden „Ordnung“ und „Sauberkeit“ vermissen. Während die Abgeordneten neun Jahre lang ziemlich unauffällig im Stuttgarter Landtag saßen, regierte parteiintern offenbar das Chaos. Die Prüfung der Landeskasse, so Schlierer, habe einen „sechststelligen Fehlbetrag“ ergeben. Schecks und Überweisungen seien nicht nachvollziehbar. Nach einem Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“ soll ein REP-Scheck sogar von der kubanischen Botschaft in Berlin eingelöst worden sein. Warum, kann niemand so genau erklären. Es fehlen Belege und Kontoauszüge aus den Jahren 1996 bis 2001. Landeschef Käs soll sich zwar nicht selbst bereichert haben, da sind sich sogar die schärfsten Gegner des Stuttgarter Rechtsanwalts einig, aber nach über zehn Jahren trägt er die Verantwortung. Außerdem soll er die internen Untersuchungen behindert haben.

Noch vor der Sitzung des Bundesvorstands in Leonberg hatte man von Käs eine Stellungnahme zum Prüfbericht eingeholt. Die Angaben seien aber „unbefriedigend“ und „wenig hilfreich gewesen“, sagte Schlierer. Mit 22 Ja-Stimmen entschied sich schließlich der Vorstand für den Rauswurf von Käs. Sechs REP-Mitglieder enthielten sich, zwei votierten gegen die Amtsenthebung.

Schon im Sommer vergangenen Jahres hatte sich das jetzige Beben mit ersten Erschütterungen an-

gekündigt. REP-Landesschatzmeister Nikolaus Holzner legte im Juli mit sofortiger Wirkung sein Amt nieder und trat aus der Partei aus. Damals gab es schon erste Hinweise auf das Finanzchaos bei den Republikanern. Holzner soll beispielsweise über 8000 Euro für die Bereitstellung eines Lagersraums kassiert haben. Zur selben Zeit war bei der Staatsanwaltschaft im schwäbischen Tübingen eine anonyme Anzeige gegen die REP-Führung eingegangen. Käs sprach seinerzeit noch von einer „Lachnummer“. Die Vorwürfe seien „vage“ und „abstrus“. Der Anzeigenerstatter habe „alte Gerüchte“ mit „eigenen Erfindungen“ angereichert. Tatsächlich hatte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt, weil die Anzeige nicht konkret genug war. Doch nun müssen die Ermittler wohl wieder ran, denn Schlierer will neben Käs und Holzner auch die frühere Buchprüferin Veronika Helfer wegen Betruges anzeigen. Käs hat sich bisher nicht zu seinem Rauswurf geäußert. Allerdings hat er seinen Schreibtisch geräumt. Die Geschäfte der Landes-REP werden nun von seinem Stellvertreter Karl August Schaal geführt.

Doch obwohl die Finanzaffäre bereits erkennbar war, wurde der baden-württembergische Landesvorstand um Christian Käs beim Parteitag im Juli in Leinfelden-Echterdingen von den Mitgliedern entlastet. Erst bei der Tagung des Bundesvorstands der Republikaner im November in Eisenach beschloss man, dem Landesfürst genauer auf die Finger zu schauen. Die rückwirkende Überprüfung der Kassenbücher bis 1996 wurde angeordnet. Käs hat als Vorstandsmitglied an der Sitzung nicht teilgenommen, angeblich wegen einer Krankheit.

Seit Jahren liefern sich die beiden Anwälte Käs und Schlierer heftige Kämpfe um die Führung und den politischen Kurs der Republikaner. Während Schlierer getreu dem Abgrenzungsbeschluss von 1990 keine Nähe zu anderen rechtsextremen Parteien sucht, steht Käs für die Öffnung gegenüber radikaleren Kräften. Schon 1998 verweigerte der Landeschef dem Bundesvorsitzenden demonstrativ das Vertrauensvotum. Kurz zuvor hatten die Republikaner mit einem Ergebnis von 3,6 Prozent den Einzug in den bayrischen Landtag verpasst. Zumindest in Baden-Württemberg, der letzten REP-Hochburg, hat Käs noch immer viele Sympathisanten. Im Landtagswahlkampf hatten beide allerdings auf öffentliche Auseinandersetzungen verzichtet, um den Wiedereinzug ins Parlament nicht zusätzlich zu gefährden. Jetzt ist Schlierer wohl einer der größten Widersacher los. *Benny Bender*

Hintergrund

Aus fünf mach' neun

Die unendliche Geschichte der Spitzel in der NPD. In der Partei wird mit harten Bandagen gekämpft.

Selbst die Tragödie entbehrt zuweilen nicht der komödiantischen Elemente. Der „kleine Unfall“, so Bundesinnenminister Otto Schily deutlich untertreibend, mit den Verfassungsschutzspitzeln in führenden Positionen der NPD verleitet zumindest die Neonazis aller Schattierungen zu schallendem Gelächter. Anders ist es wohl nicht zu bewerten, dass Christian Worch die ihm nahe stehenden und vom Bundesverfassungsgericht als sachverständig geladenen Zeugen Steffen Hupka, Thorsten Heise und Jürgen Schwab zu Eidesstattlichen Versicherungen bewegt hat, zumindest sie seien nie als Zuträger des Geheimdienstes tätig gewesen. Die Strafbewehrung einer falschen Eidesstattlichen Versicherung lässt die Behauptung einigermaßen glaubhaft erscheinen. Hintertürchen, so wissen die Neonazis freilich, bleiben trotzdem offen. Heise beispielsweise, heute Kopf der Kameradschaft Northeim, wird in der Szene seit langem mit Misstrauen beobachtet. Während wegen diverser schwerer Straftaten und Anschläge im Raum Göttingen die Aktivisten der FAP und deren Umfeld reihenweise ins Gefängnis wanderten, blieb Heise unbehelligt, obwohl bereits ein Ermittlungsverfahren genügt hätte, seine Bewährung aufzuheben. Stattdessen folgte eine Bewährung auf die nächste. Die Gerüchte um eine Zuarbeit Heises für die Politische Polizei verstummten in seinem Umfeld nicht.

Dass die zuständigen Behörden beizeiten über den Zulauf zur NPD aus den verbotenen Neonaziorganisationen wie FAP, Nationaler Block oder Nationalistische Front informiert waren, auch um die entsprechenden vorbereitenden Gespräche wussten, die unter anderem der damalige NPD-Vorsitzende Günter Deckert mit den Führungskadern der Deutschen Alternative in Cottbus führte, zeigt das Beispiel des langjährig führenden Neonazi-Kaders Michael Dräger aus Berlin. Dräger, zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg der NPD, war in allen militanten Kleingruppen der Neonazis in der Bundeshauptstadt aktiv. Sowohl die Nationale Alternative als auch die Nationale Offensive gehörten zu seinen Betätigungsfeldern.

In seinem damaligen Wohnort Grevenbroich hatte er 1987 gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin eine Heimatfront gegen Überfremdung und Kommunismus gegründet. Für die „Berlin-Brandenburgische Zeitung“ des heutigen NPD-Landesvorsitzenden in Thüringen, Frank Schwerdt, war er in jener Zeit tätig, da dessen damalige Kleingruppe Die Nationalen akut vom Verbot bedroht war. Auch zur zentralen Leitungsstruktur der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche gehörte Dräger Mitte der 90er Jahre. Nur zur Erinnerung: die Anwerbung des Neonazis Thomas Dienel war vom thüringischen Verfassungsschutz nicht zuletzt mit der Notwendigkeit begründet worden, Informationen über einen Bereich zu erhalten, der zu jener Zeit zentrales Bindeglied zwischen allen Fraktionen der Neonazis war.

Wie die anderen bisher enttarnten Agenten in der NPD, unter denen noch der ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten in Baden-Württemberg, Mike Layer, zu nennen wäre, gehört Dräger zu jener Personengruppe, die den Kurs der NPD und ihres Umfeldes führend mitgestaltete. Diese Kader bewegten sich in einem Umfeld, in dem sie sich nicht auf reines Beobachten beschränken konnten, wenn sie erst in die entsprechenden hohen Positionen gelangen und vor allem dort bleiben wollten. Horst Mahler wird im Karlsruher Verfahren zweifellos anführen, dass der Staat erst jene Fakten geschaffen habe, die heute zur Begründung des Verbots dienen sollen.

■ Das Werk von agents provocateurs? ■

Nach den Erfahrungen seit Jahresbeginn begleitet folglich Misstrauen die Verlautbarungen aus dem Innenministerium, jetzt sei wirklich das Ende der Fahnenstange erreicht. Weitere V-Leute des Verfassungsschutzes, die im Verbotsverfahren eine Rolle spielen, seien nicht zu erwarten. Die Aussage selbst ist jedoch interpretierbar. Was ist mit jenen NPD-Kadern, die für die Kommissariate der Politischen Polizei tätig waren, oftmals in der Hoffnung auf zugedrückte Augen bei Straftaten? Wie sieht es mit dem Bundesnachrichtendienst aus, der doch immenses Interesse daran haben müsste, über die diversen Söldner aus Neonazikreisen in den Krisengebieten der Welt genau informiert zu sein?

Natürlich spielt auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) in den Spekulationen eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist das NPD-Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae ins Zwielicht ge-

raten, der ab Mitte der 90er Jahre gemeinsam mit dem NPD-Modernisierer Winfried Krauss Leiter der Programmkommission der Partei war. Auch als bayerischer Landesvize gehört er zweifellos zu jenem Personenkreis, der die Politik der NPD führend mitgestaltete. Aae hat sich der Parteidisziplin verweigert. Er hatte angekündigt, im Verbotsverfahren nicht mit den NPD-Anwälten abgesprochene Aussagen machen zu wollen. Dies wäre für die NPD-Strategie ein Risikofaktor. So ist es erklärbar, dass – anders als im Fall des Bundeschatzmeisters Erwin Kemna – sich die Parteispitze nicht sofort schützend vor Aae stellte, als die ersten Gerüchte auftauchten, er sei unter einer Firmientarnung für den MAD tätig gewesen. Inzwischen ist Aae durch das NPD-Präsidium amtsenthoben worden. Es ist schwer zu entscheiden, ob die Geheimdienstspekulationen die Ursache waren oder aber ob sie nur als Anlass genommen wurden, sich eines inhaltlich unbequem gewordenen Mitstreiters zu entledigen. Da die NPD mit dem Rücken zur Wand steht, wird mit harten Bandagen gekämpft. Manch alte Rechnung wird dabei beglichen.

Nun sind sicher weder die NPD noch ihre Radikalisierung in den vergangenen Jahren Produkte der Geheimdiensttätigkeit. Doch wird, auch von Verfassungs- und Staatsrechtlern, inzwischen die Frage gestellt, ob im Fall der NPD Agenten unzulässig als agents provocateurs tätig waren. So soll ein Artikel von Wolfgang Frenz 1995 ausschlaggebend für eine Haussuchung beim damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert gewesen sein. In einer Phase, in der in der NPD heftige Führungskämpfe tobten, eine Modernisierergruppe um Peter Marx und Winfried Krauss versuchte, den Geschichtsrevisionisten Deckert zu entmachten, waren solche Vorgänge geeignet, das innerparteiliche Kräftegleichgewicht zu verschieben. Das Bundesverfassungsgericht wird auch solche undurchsichtigen Geschehnisse würdigen müssen.

Inzwischen wird zugegeben, dass zusätzlich zu den bisher genannten fünf Spitzeln des Verfassungsschutzes, die in den Verbotsanträgen eine Rolle spielen, vier weitere auftauchen. „Es sind keine V-Leute des Bundes“, so der Sprecher des Innenministeriums. Zur unendlichen Geschichte der Spitzel hat sich jetzt auch der Polizeigewerkschafter Dieter Berberich aus Baden-Württemberg zu Wort gemeldet. Ihm lägen Erkenntnisse vor, dass beanstandete Reden von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes angefertigt worden seien. Die NPD-Funktionäre seien dazu zu ungebildet. *Jean Cremet*

Hintergrund

Verspielter „Kredit“

Die Magdeburger DVU-Fraktion zeigt kaum mehr politische Ambitionen.

Die rechtsextreme DVU des Multimillionärs und Verlegers Gerhard Frey will zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April nicht antreten. Dieter Kannegießer, sowohl Vorsitzender des DVU-Landesverbandes als auch der DVU-Landtagsfraktion, begründet dies mit unzureichenden personellen und finanziellen Ressourcen der Partei. Ein Landesparteitag, der auch eine Neuorientierung mit sich bringen solle, sei frühestens im Herbst dieses Jahres und damit vermutlich erst nach der Bundestagswahl zu erwarten. „Die DVU hat schon im Hamburger Wahlkampf viel Geld verloren“, sagt Kannegießer, wobei er kaum die Partei selbst meinen kann, sondern ihren unbestrittenen autokratischen Patriarchen und Geldgeber Frey.

So wie einst in Sachsen-Anhalt, wo die DVU 1998 mit 12,9 Prozent der Wählerstimmen und 16 Abgeordneten in den Landtag eingezogen war, hatte Frey auch den Millionen schweren Hamburger Wahlkampf nahezu ausschließlich aus der persönlichen Kasse finanziert. Und zumindest offiziell hat Frey der von ihm selbst autokratisch geführten Partei die Gelder für den Wahlkampf lediglich auf Kreditbasis vorgeschossen.

Pech für Frey, dass die Partei Rechtsstaatliche Offensive des als „Richter Gnadenlos“ bekannt gewordenen Ronald Barnabas Schill das Potenzial an Protestwählern deutlich besser an sich binden kann als Freys DVU. Noch nie hat eine neu auf dem bundesdeutschen Wählermarkt aufgetauchte Partei ein ähnlich gutes Ergebnis eingefahren wie die Schill-Partei in Hamburg. Und diese Partei bemüht sich nun auch in Sachsen-Anhalt um Wählerstimmen.

Für die DVU werden die Wahlaussichten damit zunehmend dünn. Denn „eine Zierde des Parlaments“, wie DVU-Chef Frey seine 16 Statthalter noch am Wahlabend 1998 gepriesen hatte, waren die Abgeordneten nie. Im Gegenteil: Auch im Magdeburger Landtag wiederholte sich, was die DVU schon in anderen Landesparlamenten vorgeführt hatte: Ausschlüsse, Austritte, schließlich die endgültige Spaltung der Fraktion. Durch die Spaltung, die auch eine Spaltung des DVU-Landesverbandes Sachsen-

Anhalt nach sich zog, ist der Mitgliederstand der DVU im Lande deutlich gesunken. Der Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalts für das Jahr 2000 spricht noch von rund 500 DVU-Mitgliedern, die in fünf Kreisverbänden organisiert sind. Ende 1999 verzeichneten die Landesverfassungsschützer noch rund 700 DVU-Mitglieder. Einen Parteitag zur Neuordnung der DVU in Sachsen-Anhalt und ihres Landesvorstandes hat es auch nach der Spaltung nicht gegeben. Statt dessen organisierte die Münchner Parteizentrale eine bundesweite Veranstaltung in Zeppernick im Landkreis Anhalt-Zerbst mit Gerhard Frey als Hauptredner, um weitere Abwanderungen zur Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP) der ehemaligen DVU-Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Landtag, Claudia Wiechmann, zu verhindern. DVU-Mitglieder nahmen im Herbst vergangenen Jahres mehrfach an Veranstaltungen der NPD und anderer rechtsextremer Organisationen zum Volkstrauertag teil.

■ Adiaten nach Potsdam abgezogen ■

Schon früh interessierten sich Staatsanwaltschaften für den einen oder anderen der DVU-Abgeordneten. Und nicht einmal aus politischen Gründen. Der erst als Nachrücker ins Parlament gekommene Torsten Miksch musste sich gleich mit einem Ermittlungsverfahren wegen Tierquälerei auseinandersetzen. Er hatte seinen Staffordshire-Terrier in einem Wutanfall in einen mehrere Meter tiefen Brunnen geworfen. Miksch wurde ebenso wie Jörg Büchner bereits im Februar 1999 aus der DVU-Fraktion ausgeschlossen. Büchner hatte unter dem Decknamen Olaf Holland für die Stasi gespitzelt und war nicht davor zurückgeschreckt, enge Freunde ans Messer der Mielke-Firma zu liefern.

Die Spaltung der DVU-Fraktion und damit letztlich auch der Landespartei hatte nur wenig mit politischen Inhalten zu tun. Mehrere DVU-Abgeordnete wollten sich nicht damit abfinden, dass Verleger Frey zunehmend hartnäckig darauf drängte, die von ihm als „Kredit“ vorgeschossenen Wahlkampfkosten nun in Form von Parteispenden aus den Abgeordnetendiäten zumindest teilweise zurückzuzahlen. Sie gründeten unter dem einstigen SED-Mitglied Claudia Wiechmann die FDVP und sitzen seither als zweite Fraktion des rechten Randes im Magdeburger Landtag.

Dass die Rest-DVU, in die Stasi-Spitzel Büchner übrigens längst wieder zurück gekehrt ist, kaum

noch politische Ambitionen hat, lässt sich an Landtagsprotokollen ablesen. Zu den meisten Debatten steuert die DVU keine Beiträge bei, in den meisten Landtagsausschüssen sitzen die Vertreter der DVU in der Regel wortlos dabei. Fraktionschef Kannegießer trifft sich regelmäßig mit Fraktionsfreunden zum Bier in einer Magdeburger Bahnhofskneipe, selbst zu Zeiten, zu denen eigentlich Fraktionssitzungen angesetzt sind. Offenbar hat DVU-Herrscher Frey seine Truppe tatsächlich längst verloren gegeben. Denn vor der Spaltung legten die Magdeburger Getreuen des Münchner Verlegers noch ausdrücklich Wert darauf, sich an jeder einzelnen Debatte zu beteiligen. Sie beantragten allenfalls mal eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes, wenn das Redefax aus München nicht rechtzeitig in der Landtagsfraktion angekommen war.

Nach Aussagen der in Halle/Saale erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“ weiß aber die Münchner DVU-Zentrale noch nichts von einem Verzicht auf den Wahlkampfauftritt. Das entspreche zumindest derzeit nicht der offiziellen Beschlusslage der Deutschen Volksunion. Die Zeitung zitiert sowohl den Bundessprecher der Partei als auch den Sohn des Verlegers, Gerhard Frey junior, mit Aussagen, dass eine Entscheidung über den Antritt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt noch gar nicht getroffen worden sei. Erst in der dritten Februar-Woche solle endgültig darüber entschieden werden.

Gleichgültig, wie diese Entscheidung ausfällt, hat sie doch schon im Vorfeld klar gemacht, dass die DVU nie eine echte Partei war. Sie war lediglich ein Instrument ihres Erfinders Gerhard Frey, das im Zweifelsfall einzig und allein der Vermehrung seines Firmenvermögens dienen sollte. Frey interessieren als Verleger keine Wahlkampfkostenerstattungen, ihn interessiert der Absatz seiner Bücher, Zeitungen und NS-Devotionalien. Und wenn er die an seine Statthalter nicht mehr verkaufen kann, dann zieht er seine Leute gnadenlos ab. Mit 16 Abgeordneten war seine DVU in den Magdeburger Landtag eingezogen. Frey hatte zunächst die aus seiner Sicht besten Mitarbeiter nach Magdeburg entsandt. Dann aber war er noch in Brandenburg erfolgreich. Mit fünf Abgeordneten hielt die DVU auch im Potsdamer Parlament Einzug. Seine ihm ergebenden Adiaten zog der Verleger aus Magdeburg sofort ab und warf sie an die Brandenburger Front. Denn dort, so weiß Frey besser als jeder andere, sind für eine Abspaltung zu wenige Abgeordnete in den Landtag gekommen. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten**Rechte Starallüren****Liedermacherin macht sich unbeliebt**

Beim Wikinger-Versand ist man euphorisch: Annetts Scheibe sei „neben Rennicke die Balladen-veröffentlichung“ des vorigen Jahres. „Eine Mutter klagt an“ betitelte die Rechtsaußen-Liedermacherin ihre erste CD. Als eine der wenigen Frauen in der Musikszene der Neonazis machte sie sich in kurzer Zeit einen Namen – nicht nur, aber auch als musikalische Begleitung zu NPD-Wahlveranstaltungen. Den Männern in der Szene gefällt es. Auch wenn – bei einigen: gerade weil – in Annetts Texten „mehr die mütterliche Sorge und Feinfühligkeit den Kindern gegenüber“ vorkommt, wie sie selbst in einem Interview mit „Nation&Europa“ sagte. „Alltagsleben einer Mutter“ oder „Deutsche Mutter“ sind denn auch zwei ihrer Stücke betitelt. Aus Schwedt stammt die 33-Jährige, die aber inzwischen offenbar im Westen wohnt. Weil sich „Musik viel schneller einprägt als eine Rede“, steht sie auf der Bühne oder in verqualmten Gasthofsälen, wünscht zur Klampfe „eine Rose für Deutschland“ oder bekennt trällernd: „Ich gehöre zur NPD!“ Horst Wessel und Rudolf Heß benennt sie im Fernseh-Interview als ihre Vorbilder.

Doch das, was Neonazis an Wessel und Heß rühmen, was sie für Einsatzbereitschaft und Konsequenz halten, geht der Sängerin ab, glaubt man denen, die in rechten Kreisen über sie Klage führen. Starallüren wirft man ihr vor. Und dass sie ihre Kameraden sitzen lässt – zuweilen obwohl sie bereits für ihre Auftritte kassiert hat. „Ich hoffe, wir sehen uns auf einem meiner nächsten Liederabende!“ grüßt Annett auf ihrer Homepage. Ihre Kritiker können darüber nur lachen. Bei einer Julfeier von NPD und Kameradschaften im Dezember im Westerwald fehlte sie demnach ebenso wie bei Konzerten in Bremen, Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Im Westerwald warteten 70 Kameraden vergebens auf die „Künstlerin“. Der Zorn reicht soweit, dass empfohlen wird, „ihre Tonträger nicht mehr zu erwerben und sie nicht mehr einzuladen“. Im Zusammenhang mit ihrem Umzug nach Rheinland-Pfalz ist die Rede von einer „Flucht nach Westdeutschland“. Für dieses Jahr ist Annetts zweite CD angekündigt. Bekannt geworden ist sie zwar binnen Jahresfrist, bei einigen Kameraden aber nicht beliebter. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Firma ausgelagert****Stopp für weltweiten braunen Devotionalienhandel aus der Slowakei**

Der 37-jährige Adrian Preißinger, Kopf einer Agentur für Kommunikation (AFK) in der Slowakei, vormals in Kronach/Bayern, wurde wegen des Verdachts auf Volksverhetzung am 6. Februar verhaftet. In einer international angelegten Polizeioperation wurden bei Preißinger mehr als 3000 CDs und umfangreiche Geschäftsunterlagen sichergestellt. Das Amtsgericht Dresden hatte gegen Preißinger einen internationalen Haftbefehl erlassen. Angaben von Lothar Hofner, dem Sprecher des sächsischen Landeskriminalamtes zufolge, steht Adrian Preißinger im Verdacht, in den vergangenen Jahren CDs mit rechtsextremistischem Inhalt sowie Hefte und Bücher in die USA, Ungarn, Thailand, Taiwan und in skandinavische Länder geschickt zu haben. Dabei habe er zum Teil Zwischenhändler eingeschaltet.

Preißingers politischer Werdegang startete bei der Jungen Union im oberfränkischen Weißenbrunn. Dann trat er als Autor in „Nation&Europa“ in Erscheinung, wurde Mitglied bei den Republikanern, die er jedoch wegen „kleingeistigen und egomanischen Denkstrukturen des Herrn Schönhuber“ 1988 wieder verließ. Später wirkte Preißinger, der Rudolf Heß als „echten Märtyrer“ verehrt, unter anderem als „Schriftleiter“ der NS-orientierten Zeitschrift „Nation. Das politische Magazin für Deutsche“. Wegen der unkommentierten Veröffentlichung eines holocaustleugnenden Artikels in „Nation“ wurde er wegen Volksverhetzung zu einer Geldbuße in Höhe von 4 000 Mark verurteilt. Nach einem Streit mit dem Ludendorff-gläubigen „Nation“-Verleger Roland Bohlinger, der unter anderem eine Hausdurchsuchung bei Preißinger durch das „zionistenhörige Bonner Regime“ (Preißinger) zur Folge hatte, verlegte Preißinger ab Ende 1994 nach und nach seine Aktivitäten nach Banská Bystrica in der Slowakei, um sich der Verfolgung durch deutsche Ermittlungsbehörden zu entziehen. Von dort aus organisierte er bis zuletzt die Produktion und den Vertrieb von CDs und Büchern mit rechtsextremem Inhalt. Im März vergangenen Jahres meldete sich Preißinger mit einem Leserbrief in dem österreichischen Rechtsblatt „Eckartbote“ zu Wort. *Anton Maegerle*

Aktivitäten

„Recht auf Heimat“

Die monatlichen Aktionen der Interessengemeinschaft Gesamtdeutschland entwickeln sich zu Lachnummern

Ziemlich allein blieben am 9. Februar genau 46 Neonazis, die dem Aufruf der revanchistischen Interessengemeinschaft Gesamtdeutschland (IWG) gefolgt waren und in der deutsch-polnischen Grenzstadt Guben „Für das Recht auf Heimat“ demonstrierten. Nach einer kurzen Route endete die Aktion mit dem Verlesen einer Rede des IWG-Gründers und Vorsitzenden Georg Paletta, in der die Re germanisierung der „urdeutschen Gebiete“ in Osteuropa gefordert wurden. Das ist ein bei IWG-Aktionen übliches Ritual. Nach Angaben von Ohrenzeugen liest Paletta immer wortwörtlich die gleiche Rede vom Blatt ab. In Guben versuchten etwa 100 junge Antifaschisten vergeblich die Demonstrationsroute zu blockieren. Franziska Keller vom Internationalen Jugendverein Guben/Gubin e.V., der zu den Trägern des Protestes gegen den rechten Aufmarsch gehörte, zeigte sich am Ende zufrieden. Das Kalkül der IWG, die rechte Szene Gubens für sich zu gewinnen, war nicht aufgegangen.

Die IWG hat schon Erfahrung in der Organisation von Demonstrationen, die kaum jemand interessieren. Vor drei Jahren hatte es sich der 72-jährige Paletta zum Ziel gesetzt, jeden Monat eine andere Stadt mit einer Demonstration unter dem Motto „Recht auf Heimat“ zu beglücken. Vorbild waren ähnliche Bestrebungen von Horst Mahler, der Ende der 90er Jahre unter dem Motto „Für unser Land“ quer durch die Republik rechte Demonstrationen organisierte. Mahlers Initiative scheiterte allerdings schnell. Auch Palettas Einmannshows entwickelten sich bald zu Lachnummern, die selbst in der rechten Szene nicht mehr Ernst genommen wurden. In Magdeburg waren nur drei Neonazis erschienen. In Berlin waren es am 3. Oktober 2000 immerhin 20 Rechte, die sich von der IWG mobilisieren ließen. Wochen zuvor hatte Paletta noch großspurig angekündigt, mit bis zu zehntausend Menschen durch das Brandenburger Tor ziehen zu wollen und von 2000 Bussen schwadroniert, die die Demonstranten aus ganz Deutschland nach Berlin bringen würden. Auch in Dresden, wo die IWG im Sommer 2000 gleich vier Mal aufmarschierte, blieb ihr der Erfolg versagt. Die Aktionen entwickelten

sich nach Angaben von Beobachtern zu einem unorganisierten Aufmarsch betrunkenen Skinheads.

Die größte Resonanz hatte die IWG in Erfurt, wo vom Thüringer Heimatschutz und der Kameradschaft Gera organisiert am 26. Februar 2000 etwa 450 Rechte aufmarschierten. Schon lange bestehen Kontakte zum Bündnis Rechts, einem Zusammenschluss so genannter „Freier Kameradschaften“ und rechtsextremer Parteien und Organisationen im norddeutschen Raum, in dessen Mitteilungsblatt „Lübscher Aufklärer“ Paletta zuweilen publiziert. Im Herbst 2000 wollte er sich sogar über einen gerichtlichen Bescheid hinwegsetzen, der dem Hamburger Neonazi Christian Worch ein Redeverbot bei einer IWG-Demonstration in Kassel erteilte. „Der deutsche Patriot Worch wird trotzdem reden“ erklärte der Anmelder Paletta gegenüber der Presse. Daraufhin wurde die Demonstration ganz verboten. Auch zu Horst Mahler und dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt pflegt Paletta in den letzten Jahren Kontakte. Auf Personenebene bestehen Verbindungen zur Gesellschaft für freie Publizistik, der Deutschen Gildenschaft, dem Witikobund, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, dem Bund für Gesamtdeutschland, den Republikanern und der NPD.

Zu den Unterzeichnern von IWG-Demonstrationsaufrufen gehören auch Roswitha Müller, die als Funktionärsbezeichnung „Bund der Vertriebenen, Münster“ angegeben hat, sowie der Ehrenvorsitzende des sudetendeutschen Witiko-Bundes, Walter Staffa. Auch im benachbarten Ausland pflegt Paletta seine Beziehungen. So war er im Januar 2001 im Organ der Österreichischen Landsmannschaft „Eckartbote“ mit einem ausführlichen Interview vertreten, wo er sich als unermüdlicher Streiter für Recht und Ordnung vorgestellt hatte.

Trotz der geringen Resonanz der IWG-Demonstrationen und ihrer zunehmenden Diskreditierung in der rechten Szene will Paletta an den monatlichen Aktionen festhalten. Am 9. März will dann der Märkische Heimatschutz zusammen mit der IWG in Brandenburg/Schwedt für das „Recht auf Heimat“ demonstrieren.

Peter Nowak

Berichtigung

In der „blick nach rechts“-Ausgabe 3/02 wurde auf Seite 14 die CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld versehentlich mit ihrem früheren Namen Vera Wollenberger genannt.

Aus den Ländern**Ständige Präsenz**

Sonderkommissionen sind den brandenburgischen Rechten auf den Fersen, Straftaten bleiben auf hohem Niveau.

Trotz des seit Jahren anhaltenden verstärkten Drucks der Polizei auf die rechtsradikale Szene in Brandenburg reißt die Kette der Straftaten nicht ab. Immer wieder werden Ausländer verfolgt, beleidigt und verprügelt. „Die Polizei ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus inzwischen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt“, räumte Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) ein. Der Kampf gegen die braunen Straftäter zeige aber inzwischen Erfolge. „Wenn sich die Entwicklung weiter fortsetzt, können wir bald von einer Trendwende sprechen“, meinte der CDU-Politiker. „Ich sehe Licht am Ende des Tunnels.“

Die von Schönbohm vorgelegten Zahlen untermauern diesen Optimismus aber kaum: Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten lag im Land Brandenburg für 2001 mit 86 auf dem gleichen Niveau wie im vorangegangenen Jahr. Davon richteten sich 77 Delikte gegen Personen und damit zumeist gegen Ausländer. Allerdings gab es im Jahresverlauf einen rückläufigen Trend, der Schönbohms Hoffnungen bestärkt. Wurden im ersten Quartal noch 25 Gewaltdelikte registriert, so waren es im letzten Quartal lediglich 15.

Noch vor zwei Jahren war die rechte Kriminalität in Brandenburg um 27 Prozent angestiegen und hatte dem Land einen bundesweiten Negativrekord eingebracht. Ein direkter Vergleich zu den heutigen Zahlen sei wegen der veränderten Zählweise für politisch motivierte Straftaten nicht möglich, beklagte Schönbohm. Seit 2001 gelten völlig neue Kriterien. Inzwischen werde jedes auch unbedacht hingeschmierte Hakenkreuz in Sandkästen oder Schultoiletten pauschal als politisch motiviert betrachtet und damit in der Statistik erfasst. „Wir können jedoch nicht sechs- oder achtjährige Kinder bestrafen“, meinte der Minister. Während sich Brandenburg genau an die neuen und von ihm skeptisch beurteilten Zählvorgaben des Bundes gehalten habe, hinkten andere Länder deutlich hinterher. Im Innenministerium wächst damit die Befürchtung, dass Brandenburg erneut als Spitzenreiter bei rechten Straftaten dastehen könnte.

Insgesamt 2061 Straftaten, denen eine politische Motivation zugrunde liegen könnte, wurden für das vergangene Jahr in Brandenburg registriert. Bei 1076, damit mehr als der Hälfte der Fälle, handelt es sich um so genannte Propagandastraftaten, wie Hakenkreuzschmierereien oder das Zeigen von NS-Symbolen. Den insgesamt 906 der rechten Szene zugeordneten Straftaten stehen lediglich 69 aus dem linksextremen Bereich gegenüber. „Damit bleibt der Rechtsextremismus die größte Herausforderung für Staat und Gesellschaft“, resümierte Schönbohm. Das Land werde die bisherige Strategie im Kampf gegen Rechts weiter verfolgen.

Der gewaltbereite rechte Kern in Brandenburg wird auf 500 bis 600 Personen geschätzt. Diese Zahl ist seit Jahren relativ stabil. Wirkung zeigen die Polizeioperationen in den so genannten Brennpunkten des Rechtsextremismus. Dazu gehören besonders die Städte Guben, Frankfurt/Oder, Rathenow oder Eberswalde. Hier setzt Schönbohm bereits seit dem Frühjahr 2000 an den Wochenden jeweils 30 zusätzliche Polizisten gegen rechte Randalierer ein.

Auf 200 Kräfte aufgestockt wurden auch die bei den Polizeipräsidien angesiedelten Mobilen Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (Mega). Von ihnen wurden im abgelaufenen Jahr 20 470 Personen und damit doppelt so viele wie 2000 kontrolliert. Weiterhin stellten die Spezialeinheiten 465 Straftaten und fast 2000 Ordnungswidrigkeiten fest. 214 Personen wurden festgenommen. Im März des vergangenen Jahres richtete das Innenministerium die polizeilichen Sonderkommissionen „Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG) in Schwerpunktgebieten ein. Ihre Arbeit konzentriert sich auf etwa ein Dutzend Städte, die als extremistische Hochburgen gelten. „Im Visier haben die Polizisten der Sokos über 140 rechte Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren“, sagte Innenstaatssekretär Eike Lancelle. Durch ständige Präsenz und regelmäßige Besuche in den Wohnungen sollen sie zum Ausstieg aus der Szene bewegt werden. Die Beamten stehen in Kontakt mit den Elternhäusern, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Behörden. Einen beachtlichen Rückgang sieht Lancelle bei den Mitläufern innerhalb des sympathisierenden Umfelds: „Die Szene zeigt sich zunehmend frustriert und verunsichert.“ Vielfach sei das rechte Outfit bei Gleichaltrigen bereits verpönt. „Im Straßenbild der brandenburgischen Städte tauchen weniger junge Leute mit Springerstiefeln, Bomberjacken und rechten Insignien auf.“

Klaus-Dieter Eule

NS-Vergangenheit

„Erhaben und schön“

„Künstler-Ehre“ unter dem Hakenkreuz

Lehrreich ist ein Besuch der Ausstellung „Untergang einer Tradition – Figürliche Bildhauerei und das Dritte Reich“ im Gerhard-Marcks-Haus in Bremen, Am Wall 208 allemal. Denn vermittelt werden interessante Hintergründe der Kunst- und Kulturpolitik während der Nazi-Herrschaft. Noch bis zum 21. April werden 15 großformatige, in Bronze gegossene Aktfiguren aus den 30er und 40er Jahren gezeigt. Die Arbeiten stammen von den deutschen Bildhauern Karl Albiker, Hermann Blumenthal, Arno Breker, Ernesto de Fiori, Ludwig Kasper, Fritz Klimsch, Georg Kolbe, Wilhelm Lehmbruck, Gerhard Marcks und Richard Scheibe. Als die Nazis ab 1933 in Deutschland den Ton angaben, blieben diese Künstler im Lande (Lehmbruck starb bereits 1919). Sie setzten ihre Arbeit unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen fort, gingen mehr oder weniger in die innere Emigration, passten sich zähneknirschend an oder waren von der braunen Ideologie hellauf begeistert. Alle Künstler, um die es sich zurzeit in Bremen dreht, wirkten in der Tradition der deutschen Ausdrucksplastik. Sie stellten Frauen und Männer als stehende, sitzende oder kauernde Akte dar.

Auch im so genannten Dritten Reich war die Aktfigur gern gesehen, allerdings unter dem Gesichtspunkt der „Rassenreinheit“. Die nationalsozialistische Kunstauffassung, erklärt die Sprecherin des Gerhard-Marcks-Hauses, Bettina Berg, bevorzugte robuste, athletische Gestalten. Einige Bildhauer hätten der Diktatur dieses Menschenbild geliefert, während andere mit dem Regime in Konflikt gerieten. Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches hatte die Aktfigur einen schweren Stand, weil sie von den Nazis so sehr instrumentalisiert worden war.

„Eine einheitliche nationalsozialistische Kunstpolitik hat es nicht gegeben.“ Diesen Rückschluss zog Bettina Berg, nachdem sie sich intensiv mit der Vorbereitung der Ausstellung in Bremen beschäftigt hatte. Die unteren Ränge der Ministerien und NSDAP-Einrichtungen hätten ihre eigene Linie verfolgt, und die habe sich wiederum unter Umständen stark von den entsprechenden Instanzen auf der kommunalen und der Landesebene unterschieden.

Das Ganze sei dann durch persönliche Vorlieben der Partei-„Provinzgrößen“ und durch Machtkämpfe weiter angereichert worden. Auf dem Gebiet der Kultur machten sich Propagandaminister Joseph Goebbels, Robert Ley von der Deutschen Arbeitsfront und Reichserziehungsminister Bernhard Rust gegenseitig das Leben schwer. Außerdem war unter den Konkurrenten noch Alfred Rosenberg als „Beauftragter des Führers für die Überwachung der geistigen und weltanschaulichen Schulung“ und späterer Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Das braune Quartett verfolgte jeweils eigene kulturpolitische Ziele. Erleichtert wurde dieses „Chaos“ durch unpräzise Äußerungen von Adolf Hitler. Der hatte vorgegeben, dass die Kunst „Verkünderin des Erhabenen und Schönen und damit Trägerin des Natürlichen und Gesunden“ zu sein habe. Den „Degenerationserscheinungen“ müsse sie „durch Hinweis auf das ewig Gesunde und Schöne“ begegnen.

Unterschiede bestanden zwischen Malerei und Bildhauerei in der Nazi-Zeit. In der Bildhauerei war anscheinend mehr möglich. Ein Beispiel dafür lieferte Ausstellungs-„Hausherr“ Gerhard Marcks selbst, der trotz seiner Entlassung aus dem Lehramt 1933 weitgehend unbehelligt weiter arbeiten durfte. 1937 war er als neues Mitglied der Preußischen Akademie der Künste im Gespräch, während gleichzeitig seine Werke aus deutschen Museen entfernt wurden – von Beamten des Reichspropagandaministeriums. Ganz anders der bekannte Bildhauer Arno Breker, von dem in der Hansestadt ebenfalls einige Arbeiten zu sehen sind. Ab 1938 wurde er mit staatlichen Aufträgen regelrecht überflutet; das Volumen lag bei rund 27 Millionen Reichsmark. Zu seinem 40. Geburtstag bekam Breker von Hitler ein Schloss in der Nähe von Berlin geschenkt. Nach dem Ende des Hitler-Regimes tauchte Arno Breker immer wieder in rechtsextremistischen Zusammenhängen auf, beispielsweise als Träger der Hutten-Medaille der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP).

Die Ausstellung „Untergang einer Tradition – Figürliche Bildhauerei und das Dritte Reich“ wird in Zusammenarbeit mit dem Henry Moore Institute in Leeds und dem Georg-Kolbe-Museum in Berlin präsentiert. Die ausgestellten Werke werden in einem zweisprachigen Katalog ausführlich besprochen. Die Dokumentation kostet 22 Euro. Am 12. und 13. April führt das Gerhard-Marcks-Haus ein wissenschaftliches Kolloquium zu der Thematik durch.

Thomas Klaus

Demokratische Initiativen**„Nichts gewusst“**

In den „Dachauer Hefte“ wird untersucht, ob die deutsche Bevölkerung „damals“ ahnungslos gewesen sein konnte.

Als die Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, und der Direktor des Instituts für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Professor Wolfgang Benz, Ende 1985 den ersten Band der „Dachauer Hefte“ vorlegten, konnten sie nur hoffen, einige Jahre auf dem Markt zu bleiben. Skepsis war angesagt. Die dürfte mittlerweile verflogen sein. Die „Hefte“ mit jeweils mehr als 200 Seiten haben sich durchgesetzt. Die Gründe herauszufinden, ist nicht gerade mühsam. Zum einen untersucht jeder Band nur ein Thema – und das gründlich. Die Mitarbeiter sind ausgewiesene Fachleute. Hinzu kommen das angenehme handliche Format und der leserfreundliche Druck. Nicht zuletzt muss dem sorgfältigen Lektorat gedankt werden. Man stolpert nicht ständig über Fehler, was heute keineswegs selbstverständlich ist. Schließlich ist die Zuverlässigkeit zu loben. Der Leser weiß: Spätestens am Ende des Jahres kommt das nächste Heft.

So war es auch mit Heft 17. Ausführlich wird untersucht – so der Titel – „Was wusste die Bevölkerung“ über die Konzentrationslager der Nazis? Das Thema ist seit der Befreiung umstritten – und zwar aus schlechtem Grund. Selbstverständlich wollte niemand zugeben, gewusst oder zumindest geahnt zu haben, was in Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen oder Sachsenhausen geschah. Erst im Laufe der Jahrzehnte änderte sich das Bild. Das begann mit Dachau bei München, dem ersten KZ, dessen Eröffnung im März 1933 von vielen Zeitzeugen ausführlich beschrieben wurde. Von Geheimer Reichssache keine Spur. Die Häftlinge wurden nicht bei Nacht und Nebel eingeliefert, sondern am helllichten Tag in aller Öffentlichkeit. Hinzu kommen Handwerker vieler Branchen, die Brot, Kartoffeln und anderes in die Lager gebracht haben. Sie zu fragen, ist nach der Befreiung unterlassen worden. Sie waren schließlich unmittelbare Zeitzeugen. Ob sie etwas erzählt hätten – da darf man Zweifel anmelden. Vielerorts haben die Alliierten sofort nach dem Einmarsch die Bevölkerung gezwungen, in die Lager zu gehen, um den Schrecken selbst zu sehen. Die Männer und Frau-

en waren zwar entsetzt, an ihrer Haltung hat sich dadurch aber kaum etwas geändert. Man blieb dabei, nichts gehört, gesehen, gewusst zu haben. Und dann wurde gern unhistorisch und schamlos aufgerechnet: Auschwitz gegen Dresden zum Beispiel.

Im vorliegenden Band kommen nun Zeugen zu Wort, die das Gegenteil beweisen. Für Dachau wäre das nicht unbedingt erforderlich, weil bekannt ist, wie viel nach „draußen“ durchgesickert war. Aber Distel und Benz haben auch Zeugen für andere Lager und die schrecklichen Evakuierungen gegen Kriegsende gefunden. Die Menschen zum Reden zu bringen, war nicht immer leicht – selbst länger als ein halbes Jahrhundert danach. Dabei waren diese Zeugen doch damals meistens Kinder. Aber selbst sie taten sich schwer mit der Erinnerung. Das allerdings hat oft andere Gründe. NS-Gedenkstätten werden von Medien aufmerksam beobachtet. Ob in Auschwitz über Nacht christliche Symbole auftauchen, bei Ravensbrück nördlich von Berlin ein Supermarkt gebaut werden soll, in Sachsenhausen eine Baracke in Brand gesteckt wird – viele Medien berichten darüber. Damit kann eine ganze Stadt in Verruf geraten. So ist und bleibt Dachau wohl für lange Zeit untrennbar mit dem KZ verbunden. Bei Auschwitz ist das nicht anders.

Symbole sind eben zählebig. Sich dagegen zu sträuben, ist sinnlos. Sinnvoll hingegen ist es, sich der Geschichte zu stellen. Die Stadt Dachau hat das getan und eine Jugendbegegnungsstätte gebaut. Dort treffen sich inzwischen vor allem junge Leute aus vielen Staaten. Sie besichtigen selbstverständlich die Gedenkstätte, die unter der beispielhaften Leitung von Barbara Distel von Jahr zu Jahr mehr Besucher anzieht. Die Gäste lernen aber auch die Stadt Dachau kennen und fahren dadurch mit einem neuen Dachaubild nach Hause. Was sie aber kaum glauben werden, das ist die unverändert verteidigte Haltung besonders älterer Leute, man habe „damals“ nichts gewusst. Deshalb ist dieses 17. „Dachauer Heft“ besonders wichtig mit dem überzeugenden Resümee der beiden Herausgeber: „Berichte von Todesmärschen, von Zwangsarbeit, vom Alltag in Orten mit Konzentrationslagern zeigen nicht nur die Erfahrungen der Opfer, sie verweisen auch die Beteuerung, die deutsche Bevölkerung habe insgesamt ‘nichts gewusst’, in das Reich der Legenden.“

Heiner Lichtenstein

Die „Dachauer Hefte“ erscheinen mindestens einmal jährlich im gleichnamigen Verlag in 85221 Dachau, Alte Römerstraße 75. Das Einzelheft kostet 14 Euro plus Porto, im Abonnement 12 Euro, Studenten 11 Euro.

Bücherschau**Zählebiger Mythos****Die Wehrmacht kann nicht Vorbild für die Bundeswehr sein.**

Mythen sind zählebig – und damit anders als die Lügen, denen der Volksmund bekanntlich kurze Beine zuschreibt. Der Mythos von der „sauberen“ Wehrmacht zum Beispiel, die sich von den Verbrechen des NS-Staates ferngehalten habe, und die höchstens in Einzelfällen in sie „verstrickt“ war, wie eine der in diesem Zusammenhang vorherrschenden Passiv-Konstruktionen lautet. Otto Schily machte darauf in der Bundestagsdebatte über die Wehrmachtsausstellung vom 13. März 1997 aufmerksam. Hans-Adolf Jacobsen hielt am 26. Februar desselben Jahres auf einer in Bremen durchgeführten Fachtagung zur Ausstellung fest: „Die Wehrmacht war das Instrument der NS-Kriegsführung zur Verwirklichung des rassistischen Vernichtungskrieges und zur Eroberung von Lebensraum, mit all den Begleiterscheinungen, die uns heute bekannt sind. Sie kann als Institution niemals ein Teil der Tradition von Streitkräften sein in einem demokratischen Staat.“ (Die Wehrmachtsausstellung, herausgegeben von Hans-Günter Thiele, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bremen: Edition Temmen 1997, S.29).

Dass eben dies immer wieder umstritten war, einflussreiche Gegner fand und nur von einer Minderheit akzeptiert wurde, ist Thema einer von Manfred Messerschmidt eingeleiteten Aufsatzsammlung zur militärischen Traditionspflege in der Bundesrepublik. Detlev Bald zeichnet die Debatte um das „Vorbild Wehrmacht“ nach, die ja zugleich auch eine um die Vergangenheitspolitik der Bundeswehr ist: Der „Mythos Wehrmacht“ klang bereits im Wehrmachtsbericht von Großadmiral Dönitz vom 9. Mai 1945 an, setzte sich im selben Jahr über die Denkschrift der obersten Generäle und Feldmarschälle für das „Internationale Nürnberger Militärtribunal“ und die zuerst 1977 veröffentlichte „Himmeroder Denkschrift“ ehemaliger Spitzenmilitärs zu Konzept und Ausrichtung einer Bundeswehr vom Herbst 1950 fort. Bei der vertrat einzig Wolf Graf von Baudissin den Standpunkt, dass Reichswehr und Wehrmacht kein Vorbild für die Streitkräfte der neuen Republik sein könnten. Doch die Traditionalisten, so der Autor, „konnten ihr Konzept vollständig durchsetzen“ (S. 32).

Dies gilt auch für die Auseinandersetzungen um die Bundeswehr in den folgenden Jahrzehnten, selbst für die kurze Reformära unter dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt; und es gilt im Grunde auch heute noch, dass „das Gewicht des Traditionalismus überhand genommen hat“ (S.64).

Wolfram Wette geht es in seinem Beitrag um die – mehr oder minder zwangsläufigen – personellen Kontinuitäten zwischen der Wehrmacht und der Bundeswehr in ihrer Gründungsphase. Er schildert die Tätigkeit des Personalgutachterausschusses, der nach bestimmten Kriterien und Richtlinien über die Wiederverwendung ehemaliger Offiziere entschied, nach einem „Tugendkatalog“ also, den die „Frankfurter Rundschau“ seinerzeit wie folgt glossierte: „Der Bewerber muss eine Mischung aus Albert Schweitzer, Albert Einstein, Dieter Borsche (in Priesterrollen) und Eddi Constantine sein“ (S.71). Da alle personenbezogenen Daten inzwischen vernichtet wurden, lässt sich dessen Arbeitsweise leider nicht mehr rekonstruieren.

Von der umstrittenen Namensgebung von Kasernen nach Wehrmachtsgenerälen über die beiden Traditionserlasse von 1965 und 1982 und die beginnende militärhistorische Aufarbeitung der Vergangenheit, zu der auch der „Mythos Stalingrad“ gehört, folgt der Autor den Windungen der Traditionspolitik der Bundeswehr. Darin, dass am 8. Mai 2000 erstmals eine Kaserne nach dem Feldwebel Anton Schmid benannt wurde, „der bis zu 300 Juden rettete und der dafür von einem Kriegsgericht der Wehrmacht zum Tode verurteilt und erschossen wurde“ (S. 104 f), sieht Wette ein Indiz für einen neuen Anfang jenseits der Schatten der Wehrmachtsvergangenheit.

Johannes Klotz schließlich untersucht im Einzelnen die durchaus heftige und teils erbittert geführte öffentliche Debatte über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Seine materialreiche und quellen gesättigte Darstellung widmet sich insbesondere „dem Zusammenspiel von Politik und Vermittlern wie Medien und Intellektuellen“ (S.119), deren Rolle durchaus kritisch beleuchtet wird. Ein anregender Beitrag – auch dann, wenn man nicht alle Folgerungen teilt.

Theo Meier-Ewert

Detlev Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette, Mythos Wehrmacht, Nachkriegsdebatten und Traditionspflege, Geleitwort von Manfred Messerschmidt, Berlin 2001 (Aufbau Taschenbuchverlag), 211 Seiten, 8,50 Euro.

Bücherschau**Klares Feindbild**

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Extremismusforscher Uwe Backes und Eckard Jesse als Gutachter im NPD-Verbotsverfahren bestimmt. Beide sind bestrebt, ihren rechten Ruf zu wahren.

Zum dreizehnten Mal legen Uwe Backes und Eckard Jesse, Extremismusforscher im Doppelpack, ihr inzwischen zum Standardwerk über die Erforschung von Extremismus avanciertes Jahrbuch vor. In einer praktikablen Mischung bietet es neben der Analysen aktueller Einzelfragen eine Dokumentation zu Wahlen, handelnden Personen und Organisationen sowie Literaturberichte, die fast die Hälfte des Werks umfassen.

Es wäre sicher leichter, müsste man auf dem Weg zu der Vielfalt von Informationen über den Extremismus nicht erst einmal an den beiden Autoren vorbei; dies erschwert – auch in diesem Jahr (vgl. BNR 23/99, 5/01) eine vorurteilsfreie Besprechung. Was stört, ist die auch diesmal fast rituelle Klage über zu viel Beschäftigung mit dem Rechts-, statt dem Linksextremismus und das angeblich falsche Feindbild der Gesellschaft. Das beginnt mit der richtigen Feststellung dass „der Rechtsextremismus, die von ihm ausgehende Bedrohung, die Frage nach seiner Eindämmung und Bekämpfung ... 2001 im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit standen“, der dann unnötig folgt, es könne keine Rede davon sein, dem Rechtsextremismus sei, „wie gelegentlich behauptet, in den Jahren zuvor wenig nationale Beachtung zuteil worden“ (S. 7). Dazu heißt es in dem Bericht von Hans-Gerd Jaschke „Rechtsextremismus und Fremdenfeindschaft“, bis zum Ende der 80er Jahre sei die Diskussion über Rechtsextremismus weniger ein Gegenstand der Sozialwissenschaft als der journalistischen Aufarbeitung gewesen (S. 254). Dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus oben auf der Tagesordnung ihre Richtigkeit hat, belegt im Übrigen die Darstellung von Backes über den organisierten und nicht organisierten Rechtsextremismus sowie die ihm zugeschriebenen Gewalttaten (S. 107, 114ff).

Zum Beitrag des Bayreuther Politikwissenschaftlers Scherb über die NPD-Verbotsdiskussion stellt man im Editorial der Politik eine Schlechtnote aus: „Wie die meisten professionellen (sic!) Beobach-

ter ... Skepsis hinsichtlich Zweckmäßigkeit und demokratische Zuträglichkeit“ (S. 7). Es bedarf aber sicher der Erklärung, was „demokratische Zuträglichkeit beinhaltet.

Bedauernd stellten die Herausgeber fest, dass „die Sensibilisierung für die Gefahr des Rechtsextremismus ... nicht unbedingt zu einer Befestigung des antiextremistischen Konsenses geführt“ habe. „Manche derer, die sich ‘zum Kampf gegen rechts’ rüsten, sind auf dem linken Auge blind oder neigen gar selbst zu linksextrem motivierter Systemaversion“. Was damit gemeint ist, wird dann in der Analyse über die „Fundamentalkritik“ an der „Extremismus-Formel“ ausgebreitet (S. 13ff). Als Feind eines am Leitbild des demokratischen Verfassungsstaates orientierten Politikkonzepts wird die „68er Bewegung“ (S. 26) ausgemacht, als deren Vertreter etwa Narr, Grebing, Butterwegge, Wipermann oder Stöss ins Visier der Autoren geraten. (Richard Stöss wird vorgehalten, er habe „den Rechtsextremismus als ‘antidemokratisch’, den Linksextremismus aber lediglich als ‘antikapitalistisch’ gekennzeichnet (S. 22)). Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß Jesse selbst in einer übrigens sehr lesenswerten Kurzanalyse „Extremismus heute“ schreibt: „Der Rechtsextremismus strebt die Überlegenheit einer Ethnie an, der Linksextremismus die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ (in: Politik und Zeitgeschichte B 46/2001, S. 3). Ist im Übrigen die These so falsch, die Gero Neugebauer vorgehalten wird, es gebe „antidemokratische Tendenzen in allen politischen Lagern“? Dazu braucht man doch ganz aktuell nur dem populistischen Umgang mit dem Ausländerthema nachspüren. Was spricht ebenso gegen die These bei Kopke/Rensmann, der Inhalt des Extremismus werde von der Mitte her definiert? (S. 20). Die Autoren sind in ihrer Forderung nach dem „antiextremistischen Konsens“ zu unterstützen, wenn sie aber den Kritikern des Extremismusbegriffs Emotionalität, gar Bösartigkeit vorwerfen, so könnte das auf sie selbst zurückfallen.

Nach diesen zum Widerspruch anreizenden Beiträgen gibt es durchaus lesenswerte Texte etwa über die Scientology-Organisation, die Entwicklung der Republikaner oder die Persönlichkeit von Horst Mahler. Am Beispiel der Band „Landser“ wird die Gewaltorientierung rechtsextremistischer Skinheads analysiert.

Klaus-Henning Rosen

Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 13. Jahrgang 2001, Baden-Baden 2000, 592 Seiten, 39 Euro.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 2/2002:**

Die Ausrufung des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zum C-Kanzlerkandidaten wird eher negativ kommentiert, habe er doch frühere Positionen zu Ökosteuer, Atomausstieg, Homoehe geräumt, verstehe unter „konservativ“ das Konservieren rot-grüner Hinterlassenschaften“, die Union sei eine „SPD-light“. Hier, so Harald Neubauer, zeige sich die Strauß-Strategie, rechts von der CSU keine Parteien hochkommen zu lassen, indem man die patriotischen Themen den Bierzelten und Vertriebenentreffen vorbehalte. Im Übrigen läuft das Heft eher in gewohnten Bahnen. Der deutsche „Abstieg“ über Zuwanderung, EU-Erweiterung und Auslandseinsätze setze sich fort (Roland Wuttke). All dies im Dienste der USA. Mit Bezug auf den Emeritus von Arnim wird der Abstieg der Demokratie bejammert, bereits bei der Verabschiedung des Grundgesetzes sei es für „jene Politiker, die schon die Weimarer Republik ruiniert hatten“ darum gegangen, unerwünschte Konkurrenten zu eliminieren. Heinz Kottowski-Dümenil beklagt am Fall des Vertriebenenfunktionärs Latussek „Gesinnungsunterdrückung“ und angeblichen Verlust der Meinungsfreiheit. Wer die Frage nach den Ursachen für den 11. September gestellt habe, würde „in die Ecke des ‘Rechtsextremismus’“ geschoben. Der Abwärtstrend habe sich auch in dem Versagen deutscher Schüler bei der PISA-Studie gezeigt, was Folge der Frankfurter Schule sei und von „konservativen“ Politikerinnen wie Annette Schavan, Monika Hohlmeier gefördert werde (Karl Richter). Franz Schönhuber gründelt in seinem Lieblingsthema des „amerikanisch-israelischen-Weltherrschaftsanspruchs“, nicht ohne sich salvatorisch von Antiamerikanismus und Attacken gegen die Juden zu distanzieren. Hübsch ist seine Bewertung des zu Beginn des 2. Weltkrieg stehenden Überfalls auf den Sender Gleiwitz, den er gleichsetzt mit dem „offenkundig manipulierten Video von Bin Laden“, dabei hätten „nur von deutschen Geheimdienst-Leuten bestellte Statisten aus den KZs ... ihr Leben verloren“. Wolfgang Strauss empfiehlt das neurechte russische Magazin „Atheneum“, das einer deutsch-russischen Bündnispolitik diene. Berichtet wird über neue Aktivitäten zur Einigung der Rechten von Heiner Kappel zusammen mit Heinrich Lummer, Alfred Mechtersheimer, Joachim Siegerist und Baldur Springmann. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 4-7/2002:

Ein Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, der die Einheit und Kräfterelationen im bürgerlichen Lager gewähre, wird von der JF begrüßt. Alexander Barti zeigt sich aber skeptisch, ob Stoiber „eine konservative Erneuerung in Deutschland herbeizuführen in der Lage“ sei. Carl Gustaf Ströhm bedauert, dass Stoiber an der gefährlichen Formel festhalte, „wonach es ‘rechts von der Union keine legitimierte demokratische Partei’ geben dürfe“ und sich damit künftige Koalitionen verbaue. Ob man von Stoiber „jene ‘geistig-moralische Wende’ erwarten (könne), die Helmut Kohl seinen Wählern schuldig blieb“, fragt sich Ströhm. Erneute Anzeichen einer „breiten Kampagne ‘gegen Rechts’“ verspürt Thorsten Thaler und outet als Urheberin die „Süd-deutsche“, die die Schirmherrschaft des CSU-Generals Thomas Goppel für die rechtslastige Zeitschrift „Epoche“ öffentlich gemacht hatte. Auch Stoiber sei eingeknickt, was dazu beitrage, „das die Jagd auf ‘Rechte’ eröffnet werden“ konnte, sekundiert Gustav Domberg (4,5,6/02). Zu dem Karlsruher Urteil über das Schächten formuliert die JF die Frage, ob dies ein „Einfallstor islamischer Interessen in unsere Gesellschaft“ bilde. Die höchst-richterliche Rechtsprechung über das Schächten sei „widerlich wie die multikulturelle Lebenslüge und unsere Vergangenheitsneurose“, mokiert sich Volker König. Vor der „vermeintlich höchsten deutschen Instanz (hätten) fremde Kulturen über die eigene“ gesiegt, heißt es auf der Leserbriefseite, das „Bundesanpassungsgericht“ habe eines seiner „berühmt-berüchtigten Urteile zur Anpassung an den Zeitgeist gefällt“, betont eine andere Leserschrift (5,6,7/02). Einen „großen Schauprozess zur Letztbegründung der Gesinnungsschnüffelei“ wollte man „inszenieren“, wird zum NPD-Verbotsverfahren angemerkt. Dieter Stein sieht das Verfahren zu einem Bumerang geworden, da in Karlsruhe nun mit der NPD der Verfassungsschutz selbst vor Gericht stehe. Klaus Kunze stellt sich die Frage, ob die NPD möglicherweise von hochrangigen Parteispitzeln „in einen Hinterhalt gelockt und absichtlich ins verfassungsfeindliche Abseits gelenkt“ wurde. Für Hans Helmuth Knütter ist der „Verdacht aufgetaucht, der Verfassungsschutz schaffe durch ‘agents provocateurs’ die Verfassungsfeindlichkeit, die er anschließend zu bekämpfen behauptet“. Allerdings mache der Geheimdienst nur „Schmutzarbeit für die politischen Funktionäre“, fügt Knütter hinzu. Josef Schüsslburner pflichtet bei. So geschehen sei dies bei den Republikanern und gar der Zerfall von DVU-Fraktionen erklärt sich für ihn mit geheimdienstlicher Unterwanderung (6,7/02). (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Alexander Scholz (Berlin), Bundesführer der rechtsextremen Heimattreuen deutschen Jugend (HDJ), ist am 6. Februar bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt. Scholz (24) kam aus dem Umfeld der Nationalistischen Front und war Teilnehmer der „7. Hetendorfer Tagungswoche“. Er ist Unterzeichner des Neonazi-Ausstiegsangebotes („Steigt aus aus der Verstrickung mit dem VS (oder BND oder MAD)“). Zuletzt referierte er beim 5. Strategieseminar „revolutionärer und nationalistischer Kräfte inner- und außerhalb der NPD/JN“. Zur Unterstützung der Familie von Scholz, der eine Lebensgefährtin mit Kind hinterlässt, hat der HDJ-Funktionär Christian Berisha einen Spendenaufruf in der Szene gestartet. Das Spendenkonto hat Berisha, der auch die Domain www.todesstrafe-fuer-kinderschaender.de hält, bei der Danske Bank in Apenrade/Aabenraa, kurz hinter der deutschen Grenze, eingerichtet.

■ **Berlin** – Am 12. Februar hat der Berliner Staatsschutz bei Oliver Schweigert (Berlin), dem Internetbeauftragten des neonazistischen Aktionsbüros Mitteldeutschland (AbüroMD), eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Beschlagnahmt wurde unter anderem die gesamte Computerausrüstung. Angaben von Gordon Reinholz (NPD), Kader des AbüroMD und des Kameradschaftsbundes Barnim, wird die AbüroMD-Homepage „höchstwahrscheinlich für einen längeren Zeitraum nicht aktualisiert werden können.“ Schweigert, Verehrer des NS-„Märtyrers“ Horst Wessel, war einst Vorsitzender der Kühnentreuen Nationalen Alternative und zählt heute zu den bundesweit führenden Anti-Antifa-Aktivisten.

■ **Blankenburg** – In Blankenburg bei Quedlinburg in Sachsen-Anhalt findet vom 28. Februar bis 7. März der diesjährige Jahreskongress des rechtsextremen Vereins Die Deutschen Konservativen statt. Als Referenten sind neben dem Ehrenpräsidenten des Vereins, Heinrich Lummer (Ex-CDU-MdB), Bruno Bandulet (vormals außenpolitischer Referent der CSU, später Bundesvorstandsmitglied des Bundes Freier Bürger, Autor in Rechtsaußenblättern wie „Deutsche Militärzeitschrift“ und „Criticon“), Hans-Helmut Knütter (CDU-Mitglied, Referent bei den rechtsextremen Organisationen Gesellschaft für freie Publizistik und Cannstatter Kreis), Werner Maser und Hans-Peter Raddatz, der für die „Junge

Freiheit“ und „Das Ostpreußenblatt“ schreibt, angekündigt.

■ **Hamburg** – Ein 6-seitiges „Gutachten über die Möglichkeiten der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, das Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich zu bestehen“, hat der Hamburger Neonazi Christian Worch vorgelegt. Heftig wird von Worch die bisherige Verteidigungsstrategie von Horst Mahler kritisiert, die in Teilen „sogar kontraproduktiv“ und eher von „philosophischem Wert“ sei. Den Skandal um die V-Männer gelte es nun zu nutzen und eine „neue Linie der Verteidigung“ aufzubauen. Denn: „Hegelsche Logik oder die Ausführungen von Karl Marx zur Judenfrage werden das Höchstgericht auch im möglichen zweiten Anlauf herzlich wenig beeindrucken.“ Stattdessen ruft Worch dazu auf, das Gericht mit „locker tausend Zeugen“ zu bombardieren: „Damit zieht sich das Verfahren auf jeden Fall ... so lange hin, dass fraglich ist, dass dann noch die acht ursprünglichen Richter im Amt sind, so dass möglicherweise ein oder allenfalls zwei 'Abweichler' reichen, die Anträge mangels Zweidrittelmehrheit zu kippen.“

■ **Köln** – Der Kölner Rechtsextremist Manfred Rouhs hat am 4. Februar bei der Staatsanwaltschaft Berlin einen Strafantrag gegen Horst Mahler wegen „Parteiverrats“ gestellt. Sein Strafantrag bezieht sich auf die Tätigkeit von Mahler als Rechtsvertreter der NPD im Parteiverbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht. Rouhs' Angaben zufolge liegen „Anhaltspunkte dafür vor, dass Herr Rechtsanwalt Mahler in Kontakt zu einem Geheimdienst der Bundesrepublik Deutschland stehen könnte, zu dessen Aufgaben Subversion und Ausspähung oppositioneller Personenzusammenhänge gehört“. Rouhs weiter: „Der Bestand solcher Kontakte wäre mit der Übernahme des anwaltlichen Mandates für die NPD im Verbotverfahren nicht vereinbar“. Mahler sei, so führt Rouhs in seinem 3-seitigen Schreiben aus, im April 1999 in eine eigens für ihn bestimmte „Falle“ getappt. Demnach habe Mahler den Veranstaltungsort für das „Signal“-Pressefest an den Verfassungsschutz verraten. Das Fazit von Manfred Rouhs: „Seit 1999 gehe ich deshalb davon aus, dass Herr Mahler dem Spektrum des 'Verfassungsschutzes' zuzurechnen ist.“

■ **Mannheim** – Der amerikanische Holocaust-Leugner Fred Leuchter bekommt nach einer Entscheidung des Mannheimer Landgerichts von Deutschland keine Haftentschädigung. Der Buch-

autor und selbst ernannte „Hinrichtungsspezialist“ war im Oktober 1993 von der Mannheimer Staatsanwaltschaft vor einem Auftritt in der SAT-1-Sendung „Schreinemakers live“ verhaftet worden, weil er zwei Jahre zuvor bei einer NPD-Veranstaltung in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) den Massenmord an Juden im Dritten Reich geleugnet hatte. Leuchter war auf Einladung des damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert vor über 100 Rechten aufgetreten. Ende November 1993 war Leuchter vom Mannheimer Richter Manfred John gegen eine Kaution von 20 000 Mark freigelassen worden. Als das Oberlandesgericht den Haftbefehl wieder in Kraft setzte, war der Amerikaner schon in seine Heimat geflohen. Ende vergangenen Jahres hatte das Mannheimer Landgericht das Verfahren gegen Leuchter wegen absoluter Verjährung endgültig eingestellt. „Gastgeber“ Deckert war im April 1995 für die Übersetzung und Kommentierung des Leuchter-Vortrags zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden.

■ **München** – Das bayerische Oberste Landesgericht hat das „Zigeunerjuden-Urteil“ aufgehoben und den Fall zur Neuverhandlung an das Landgericht Kempten zurückverwiesen. Das Landgericht hatte Ende August die Titulierung des Zentralratsvizes der Juden, Michel Friedman, durch den REP-Funktionär Hermann Josef Reichertz als „Zigeunerjude“ nicht als Beleidigung bewertet. In der ersten Instanz war Reichertz deswegen zu einer Geldstrafe in Höhe von 6000 Mark verurteilt worden. Die Entscheidung des Kemptner Richters Günther Bischoff, der in der zweiten Instanz die Bezeichnung „Zigeunerjude“ als „von der Meinungsfreiheit gedeckt“ betrachtete, hatte in der Öffentlichkeit für große Empörung gesorgt. Das Oberste Landesgericht monierte jetzt unter anderem auch, dass die parteipolitische Zugehörigkeit Reichertz' nicht entsprechend berücksichtigt worden sei. „Die Republikaner werden allgemein als Partei mit rechtsextremer Zielrichtung angesehen“. So könne man davon ausgehen, „dass der Bezeichnete diskriminiert werden soll“, heißt es in der Begründung des höchsten bayerischen Strafgerichts.

■ **München** – Jürgen Kalb, Landesvorsitzender der Bayernpartei, warnt im Parteiorgan „Freies Bayern“ am 1. Februar vor dem Zuzug von nicht Nichtbayern. Dies sei „nichts anderes als eine schleichende Verpreußung vieler Dörfer und Städte unserer Heimat.“ Mit den „Norddeutschen“, so Kalb, würden „andere Werte, andere Sprache (tschüss) und andere Traditionen in unsere Heimat“ einziehen. Kalb

plädiert für die Eigenstaatlichkeit von Bayern mit einem eigenen Staatsoberhaupt. Denn: „Bayern hat eine größere Fläche und mehr Einwohner als beispielsweise Holland, Belgien oder Österreich.“ Im Übrigen sei man eine „Kulturnation, die immer Eigenstaatlichkeit besaß“.

■ **Sangerhausen** – Erneut versuchen Rechtsextremisten, das Thema „Kindesmissbrauch“ zu instrumentalisieren: Unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ rufen die personell mit der NPD verquickte Neonazi-Kameradschaft Thüringer Heimatschutz (THS) sowie eine Kameradschaft Ostara, die zumindest teilweise personenidentisch mit dem Nationalen Widerstand Nordhausen ist, zu einer Demonstration am 23. Februar in Sangerhausen/Thüringen auf. Beide Organisationen sind mit anderen rechtsextremen Gruppen zusammengeschlossen im Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW). Die angegebene Kontakt-Handynummer wurde in der Vergangenheit auch bei NPD-Veranstaltungen benutzt, so zum Beispiel bei einer NPD-„Kundgebung gegen Globalisierung“ am 9. Dezember 2000 in Nordhausen. Mobilisiert wird zu dieser Demo auch auf zahlreichen rechtsextremen Websites, darunter bei „freien Kameradschaften“ wie auch der NPD. Im Internet kursieren mehrere in einzelnen Textpassagen variierende Versionen des Demoaufrufes, teilweise mit der Zeile: „Denn ein Staat wo Geld wichtiger ist als ein Menschenleben, ist unseres Erachtens nach J...“.

■ **Weimar** – Die in Weimar für den 20. April angekündigte Demonstration (vgl. BNR 1/02) hat mit Christian Worch einen neuen Anmelder. Patrick Wieschke aus Eisenach, der Ende vergangenen Jahres den Aufmarsch angemeldet hatte, sitzt seit Januar in Untersuchungshaft. Am 21. Januar hatte er zusammen mit dem 21-jährigen Neonazi Danny Pfotenhauer und einer weiteren Person einen mutmaßlichen Aussteiger aus der rechten Szene erpresst und geschlagen. Wieschke und Pfotenhauer sind einschlägig vorbestraft und stehen zudem unter Bewährung. Gegen Wieschke sind mehrere Berufungsverfahren, darunter wegen eines Sprengstoff-Anschlags vom August 2000, im Gange. Diese sollen nun im Rahmen eines einzigen Termins am Landgericht in Mühlhausen verhandelt werden. Wenige Tage vor dem jüngsten Zwischenfall hatte Wieschke erst die NPD verlassen. Seit Juni vergangenen Jahres war der Neonazi stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Wartburgkreis und Landesvize der Jungen Nationaldemokraten in Thüringen. Daneben betätigt sich Wies-

chke als Anti-Antifa-Aktivist, Führer der Kameradschaft Eisenach und ist Kopf des Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen, dem elf Kameradschaften angehören.

Ausland

■ **Österreich (Graz)** – Im rechtsextremen „Aula“-Verlag (Graz) ist ein rund 560 Seiten umfassender Sammelband mit dem Titel „Nationale Zukunft und Verantwortung“ erschienen. Herausgeber des Buches ist Otto Scrinzi, vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied. Der Sammelband, in dem 37 Autoren zu Wort kommen, wendet sich „vor allem an die jüngere Generation“ und soll ein „notwendiges Korrektiv zur national-masochistischen Bußkultliteratur unserer Tage“ bilden. Die meisten Autoren stammen aus der Bundesrepublik; darunter Hans-Helmuth Knütter, Rolf Kosiek, früherer NPD-Vordenker, Jürgen Schwab, Chefideologe der NPD, Felix Buck, vormals NPD-Bundesvize, Klaus Hornung, Präsident des Studienzentrums Weikersheim, Emil Schlee, Ex-REP-Europaparlamentarier, Ex-Militär Reinhard Uhle-Wettler, Herbert Rauter, führender Aktivist der Deutschland-Bewegung und Imke Thomas, Referentin bei den „Hetendorfer Tagungswochen“.

■ **Spanien (Barcelona)** – Der in Spanien lebende österreichische Holocaust-Leugner und Neonazi Gerd Honsik hat das Werk „Zuerst nach Canosa“ (pro Ausgabe: 20 Euro) des in Schweden lebenden marokkanischen Revisionisten Ahmed Rami herausgegeben. Das Buch, so Honsik in der aktuellen Ausgabe seines antisemitischen Hetzblattes „Halt“ vom Februar 2002, berichtet über „die Wahrheit des Jihad, die heilige Pflicht zur Gerechtigkeit“. Es sei „das rechte Buch zur rechten Zeit“ und diene der Pflege der „deutsch-arabischen Freundschaft“. Übersetzer des Buches ist der flüchtige Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf. Das Lektorat lag in den Händen des österreichischen Neonazis Franz Radl, der neuerdings eine „Volksrechts-Kommission“ anführt.

■ **Südafrika (Pretoria)** – Der in Österreich mit Haftbefehl gesuchte Neonazi Wilhelm Christian Anderle betreibt neuerdings von Südafrika aus eine rechtsextreme Homepage. Anderle, der 1995 auf der „Schwarzen Liste“ der braunen Knastorganisation HNG aufgeführt war, tauchte im Juli 1996 unter, nachdem sein Gesinnungskamerad Wolfgang Tomsits wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt (in der Nacht vom

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adress

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 04-2002 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

30. auf den 31. Oktober 1992) zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. Treibende Kraft bei der Friedhofschändung war Angaben von Tomsits zufolge Anderle. Anderle, vormals FPÖ-Gemeinderatskandidat und Mitglied der FPÖ-Jugendorganisation Ring Freiheitlicher Jugend, hat seit Jahren Kontakte zu weißen paramilitärischen Kreisen in Südafrika. Von Mai bis September 1993 hielt er sich bei der rassistischen Afrikaner Weerstandsbewegung (AWB) in Südafrika auf. Unter dem Pseudonym „Arisk“ war Anderle Betreiber der ersten Neonazi-Mailbox („Dissident BBS“) in Österreich, die in das rechtsextremistische Thule-Netz eingebunden war.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.